

Afghanische Juristen-Vereinigung in Europa  
Herrn  
Abdu Wase Gafari  
Frankenweg 3  
64560 Riedstadt

Achim Schreier  
Abteilung Kommunikation  
Referat Direktkommunikation

Fon: 030 - 25991-500  
Fax: 030 - 25991-375  
parteivorstand@spd.de

27.02.2017

Ihr Schreiben vom 22. Februar 2017

Sehr geehrter Herr Wase Gafari,

recht herzlichen Dank für Ihr Schreiben an den SPD-Parteivorstand.

Die SPD ist ganz Ihrer Meinung. Auch die SPD-Innenpolitikerin Eva Högl hat den Start sogenannter Sammelabschiebungen nach Afghanistan kritisiert und ihre Aussetzung gefordert. Im Interview mit dem „Deutschlandfunk“ bezeichnete sie den Zeitpunkt der Abschiebungen als „sehr kritisch“. Die stellv. Fraktionsvorsitzende begründete ihr Urteil unter anderem damit, dass erst am Donnerstag des Mandat für den Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan verlängert worden war und im Zuge dessen klar geworden sei, dass es sich um ein unsicheres Land handele, in dem gekämpft werde.

„Abschiebungen nach Afghanistan sind hochproblematisch“, sagte Eva Högl weiter und bezog sich dabei auf die aktuelle Schutzquote von 55 Prozent für Flüchtlinge aus Afghanistan. Jeder zweite aus Afghanistan stammende Flüchtling dürfe dementsprechend in der Bundesrepublik bleiben. Sie sprach sich dafür aus, Rückführungen nach Afghanistan zurückzustellen und erklärte, ihrer Einschätzung nach vertrete eine Mehrheit der SPD im Bundestag diese Haltung.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Willy-Brandt-Haus



Achim Schreier  
SPD-Parteivorstand